

# Die Theorie der labilen Gleichgewichtslagen und ihre Anwendung auf die fortschreitende freie Verkehrswirtschaft

Von

Wilhelm Weisgerber, Wiesbaden

Inhaltsverzeichnis: I. Bisherige Auffassungen zum Gleichgewichtsproblem S. 63 — II. Der Begriff der fortschreitenden Wirtschaft 64 — III. Labile und stabile Gleichgewichtslagen bei einem Mehrangebot von Gütern sowie ihre Rückwirkungen auf Lagerhaltung, Güterabsatz und Gütererzeugung S. 66 — IV. Labile und stabile Gleichgewichtslagen bei einem Mehrangebot von Erzeugungskapazität S. 72 — V. Labile und stabile Gleichgewichtslagen bei einem Mehrangebot von Arbeitskräften S. 74 — VI. Erklärung der wichtigsten Erscheinungen der Konjunkturbewegung der Wirtschaft an Hand der Theorie der labilen Gleichgewichtslagen S. 76 — VII. Wirtschaftskrisen und Depressionen sind endogen bedingte Wachstumskrisen der fortschreitenden freien Verkehrswirtschaft S. 86.

Es ist bisher fast allgemein üblich gewesen, bei theoretischen Untersuchungen für die freie Verkehrswirtschaft „von einem statischen Zustand auszugehen, in dem alle Produktionsfaktoren und alle produzierten Produktionsmittel beschäftigt sind“<sup>1</sup>. Es wird demnach ein allgemeiner Gleichgewichtszustand vorausgesetzt, indem man sich vorstellt, „daß alle Arbeiter des Landes einen Arbeitsplatz gefunden haben, daß also kein Arbeitslosenheer besteht, daß der Apparat der dauerhaften Produktionsmittel optimal ausgenutzt wird und der Strom der verbrauchlichen Produktionsmittel und Konsumgüter ohne Stauung dahinfließt“<sup>2</sup>.

In neuerer Zeit sind jedoch in zunehmendem Maße Zweifel an der Richtigkeit dieses Verfahrens aufgetaucht. Insbesondere hat sich J. M. Keynes in seinem bekannten, in deutscher Sprache unter dem Titel „Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes“ erschienenen Werk mit Entschiedenheit gegen die Auffassung gewandt, daß Vollbeschäftigung der Normalzustand der neuzeitlichen Verkehrswirtschaft sei. Keynes vertritt die Ansicht, daß es sich bei dem Zustand der Vollbeschäftigung um einen Sonderfall handle und daß daher bei der Entwicklung einer allgemeinen Theorie von der Voraussetzung ausgegangen werden müsse, daß unfreiwillige Arbeitslosigkeit möglich sei<sup>3</sup>.

<sup>1</sup> W. Eucken, Kapitaltheoretische Untersuchungen, Jena, 1934, S. 134.

<sup>2</sup> W. Eucken, a. a. O. S. 134.

Noch vor Keynes hat Eucken, wenn auch in weit weniger entschiedener Form als jener, Bedenken geäußert, ob die bisherigen Untersuchungsmethoden und die Voraussetzungen, auf denen sie beruhen, den in der wirtschaftlichen Wirklichkeit herrschenden Verhältnissen genügend Rechnung tragen. Er hat ausgesprochen, daß es „theoretisch exakt nachweisbar“ sei, daß sich bei bestimmten Datenkonstellationen statische Zustände einspielen können, in denen Arbeitskräfte freigesetzt bleiben, dauerhafte Produktionsmittel stilliegen und größere Vorräte verfügbar sind<sup>4</sup>. Eucken hat ferner darauf hingewiesen, daß die Ergebnisse theoretischer Untersuchungen jeweils erheblich voneinander abweichen, je nachdem, ob man „von statischen Zuständen mit allgemeinem Gleichgewicht und ohne ein solches ausgeht“<sup>5</sup>. Er hat daraus die Schlußfolgerung gezogen, daß es zweckmäßig sei, „stets von beiden Arten statischer Zustände, der des allgemeinen Gleichgewichts und der des fehlenden allgemeinen Gleichgewichts auszugehen“<sup>6</sup>.

Weder Keynes noch Eucken haben jedoch einen exakten Nachweis dafür erbracht, daß und unter welchen Voraussetzungen sich Zustände herausbilden können, bei denen Arbeitskräfte freigesetzt bleiben, dauerhafte Produktionsmittel stilliegen und größere Vorräte verfügbar sind. Da die Frage, wie es zu derartigen Zuständen kommen kann, große theoretische Bedeutung besitzt, soll sie in der Folge näher untersucht werden. Dabei soll so vorgegangen werden, daß zunächst in allgemeiner Form klargestellt wird, wie sich bei einer Änderung von Angebot und Nachfrage ein neuer Gleichgewichtszustand herausbilden kann. Die gewonnenen Erkenntnisse sollen sodann auf die neuzeitliche fortschreitende freie Verkehrswirtschaft angewandt werden.

Bevor mit der eigentlichen Untersuchung begonnen wird, sei zunächst der noch wenig geklärte Begriff der fortschreitenden Wirtschaft näher definiert. Unter einer fortschreitenden Wirtschaft soll ganz allgemein eine Wirtschaft verstanden werden, in der laufend soviel Kapital gebildet wird, daß mehr neue Sachgüter entstehen, als durch Verzehr, Abnutzung oder andere Einflüsse ausscheiden.

Je nach dem Grad der Vermehrung des Sachkapitals im Verhältnis zu der Zahl der tätigen Wirtschaftsmitglieder (Produzenten und Arbeitnehmer) und nach der Art der Sachgüter, in denen das neugebildete Kapital überwiegend investiert wird, lassen sich verschiedene Typen der fortschreitenden Wirtschaft unterscheiden. Ein einfacher Fall ist

---

<sup>3</sup> J. M. Keynes, *Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes*, München und Leipzig, 1936, S. 1, 13 u. 14.

<sup>4</sup> W. Eucken, a. a. O. S. 135.

<sup>5</sup> W. Eucken, a. a. O. S. 135.

<sup>6</sup> W. Eucken, a. a. O. S. 136.

beispielsweise der von Cassel<sup>7</sup> behandelte der gleichmäßig fortschreitenden Wirtschaft, die dadurch gekennzeichnet ist, daß das Sachkapital in dem gleichen Verhältnis zunimmt, in dem sich die Zahl der tätigen Wirtschaftsmitglieder erhöht. Da die Gütererzeugung im wesentlichen eine Funktion des verfügbaren Sachkapitals ist, bleibt in der gleichmäßig fortschreitenden Wirtschaft die auf den Kopf der tätigen Wirtschaftsmitglieder im Durchschnitt entfallende Quote des Sachkapitals und der Gütererzeugung dauernd gleich. Eine praktische Bedeutung kommt dem Begriff der gleichmäßig fortschreitenden Wirtschaft heute nicht mehr zu und ist ihr auch wohl zu keiner Zeit zukommen, da die Wirtschaftsentwicklung sich erfahrungsgemäß niemals gleichmäßig vollzieht.

Hier soll der Fall der neuzeitlichen fortschreitenden freien Verkehrswirtschaft betrachtet werden. Als solche soll eine fortschreitende Wirtschaft bezeichnet werden, wenn das neugebildete Kapital überwiegend in Produktionsmitteln und reproduzierbaren Gütervorräten investiert wird und die Kapitalbildung einen solchen Umfang hat, daß die auf den Kopf der tätigen Wirtschaftsmitglieder entfallende Quote der Kapitalausrüstung und der Gütererzeugung steigende Grundrichtung aufweist, was zur Voraussetzung hat, daß Hand in Hand mit der Vermehrung der Produktionsmittel eine fortschreitende Rationalisierung und Mechanisierung des Erzeugungsprozesses erfolgt. Die kennzeichnenden Merkmale der neuzeitlichen fortschreitenden Wirtschaft bilden demgemäß die überwiegende Verwendung des neugebildeten Kapitals für produktive Zwecke, die ständig fortschreitende Rationalisierung und Mechanisierung des Produktionsprozesses, die fortgesetzte Steigerung der Produktionskapazität und die steigende Grundrichtung der Gütererzeugung je Kopf der tätigen Wirtschaftsmitglieder<sup>8</sup>.

<sup>7</sup> G. Cassel, Theoretische Sozialökonomie, Leipzig, 1932, S. 28 ff.

<sup>8</sup> Als Beispiel einer fortschreitenden Wirtschaft, die keinen Anspruch auf das Prädikat „neuzeitlich“ erheben kann, sei die mittelalterliche Wirtschaft angeführt. Sie ist dadurch gekennzeichnet, daß das neugebildete Kapital — bedingt durch die soziologischen Verhältnisse und den Stand der Technik — ganz überwiegend in nicht produktiven Anlagen, wie Kirchen, Klöstern, Burgen, Stadtbefestigungen, Schlössern und Wohngebäuden investiert wurde, so daß für eine Steigerung der Produktionskapazität sowie Rationalisierungs- und Mechanisierungsmaßnahmen nur wenig Kapital übrig blieb. Trotzdem kann als sicher angenommen werden, daß auch die mittelalterliche Wirtschaft steigende Grundrichtung der Gütererzeugung je Kopf der tätigen Wirtschaftsmitglieder aufgewiesen hat. Diese Steigerung kann aber infolge der langsamen Zunahme der Produktionskapazität auch nur langsam vor sich gegangen sein. Es wird deutlich, daß das eigentliche Kriterium der neuzeitlichen fortschreitenden Wirtschaft die durch die Entwicklung der Technik ermöglichte und geförderte überwiegende Verwendung des neugebildeten Kapitals für produktive Zwecke bildet. Sie ermöglicht die schnelle Steigerung der Produktionskapazität und der Gütererzeugung, die diesem Wirtschaftstyp wesenseigentümlich ist.

Da alle neuzeitlichen Wirtschaften fortschreitende Wirtschaften im Sinne der obigen Definition sind, können ihre Probleme nur richtig gelöst werden, wenn diesem Umstande bei den theoretischen Untersuchungen Rechnung getragen wird. Im Hinblick auf den begrenzten Untersuchungszweck soll die Erörterung der Gleichgewichtsprobleme auf den Fall einer Vermehrung des Angebotes beschränkt werden, der allein für die fortschreitende Wirtschaft von Bedeutung ist.

Es sei zunächst der Fall einer Zunahme des Angebotes von Gütern betrachtet: Werden an einem Markt, an dem vorher täglich 1000 Stück einer bestimmten Ware zum Preis von 10,— Mark angeboten und abgesetzt worden sind, von einem gewissen Zeitpunkt an täglich 1250 Stück jener Ware angeboten, so könnten die angebotenen Güter *ceteris paribus* nur abgesetzt werden, wenn deren Preis auf 8,— Mark je Stück sinken würde. Bei Untersuchungen des Preisbildungsproblems ist man bisher wohl durchgehends von der Voraussetzung ausgegangen, daß der neue Gleichgewichtszustand, der sich bei einer Erhöhung des Angebotes herausbilden muß, regelmäßig in der vorerwähnten Weise zustande komme, weil das Interesse der Produzenten ihnen gebiete, alle produzierten Güter abzusetzen.

Diese Auffassung hält einer näheren Nachprüfung nicht stand. Nimmt man etwa an, daß der Produzent in dem betrachteten Fall für die Erzeugung der angebotenen Güter 9,— Mark je Stück aufgewandt hat, so würde er, falls der Preis auf 8,— Mark je Stück sinkt, nicht nur keinen Gewinn erzielen, sondern einen baren Verlust von insgesamt 1250,— Mark erleiden. Verzichtet er dagegen auf den Absatz der 250 Stück zusätzlich angebotenen Güter, so entfällt damit der Anlaß zu einer Preissenkung. Er erzielt einen Gewinn von 1000,— Mark, und es verbleiben ihm darüber hinaus noch die 250 Stück Güter als Eigentum. Ist das Mehrangebot prozentual geringer, so ergibt sich unter Umständen kein Verlust, in jedem Fall aber eine starke Schmälerung des Gewinnes, die durch Verzicht auf den Absatz der zusätzlich an den Markt getretenen Güter vermieden werden kann.

Diese einfache Überlegung lehrt, daß es für die Produzenten stets unvergleichlich viel vorteilhafter ist, die bestehenden Preise aufrechtzuerhalten und auf den Absatz eines Teils der erzeugten Güter zu verzichten, als Preisermäßigungen zu bewilligen, die — wenn man von dem Sonderfall einer Ermäßigung der Produktionskosten absieht — stets zu Lasten der Gewinne gehen und häufig Verluste mit sich bringen würden.

Sinken nun aber die Preise nicht oder nicht so weit, wie das erforderlich wäre, damit alle angebotenen Güter abgesetzt werden

können, so wird zwangsläufig ein Teil derselben **unabsetzbar**. Das bedeutet selbstverständlich nicht, daß diese Güter schlechthin unabsetzbar wären, sondern daß sie zu dem ihnen zugeschriebenen Preis nicht an die Verbraucher abgesetzt werden können. Es bedarf dazu keiner ausdrücklichen Zurückziehung eines Teiles der Güter vom Markt. Das Güterangebot bleibt vielmehr in vollem Umfang bestehen, kann aber bei dem von den Produzenten geforderten Preis nur zum Teil **wirksam** werden. Die nicht absetzbaren Güter schlagen sich automatisch als **Gütervorräte** bei den Produzenten nieder.

Der neue Gleichgewichtszustand bildet sich in diesem Fall nicht dadurch heraus, daß der Preis soweit sinkt, daß alle angebotenen Güter abgesetzt werden können, sondern er kommt dadurch zustande, daß ein Teil des Angebotes unwirksam wird. Der Preis paßt sich nicht dem Angebot an, sondern der von den Produzenten geforderte Preis entscheidet darüber, welcher Teil des Angebotes zum Zuge kommen kann.

Es wird deutlich, daß sich die Produzenten dem Zwang zu Preisunterbietungen in einfachster Weise entziehen können, indem sie auf den Absatz eines Teiles der erzeugten Güter verzichten und dieselben auf Lager nehmen. Da ihnen ihr Interesse, wie oben nachgewiesen, dringend gebietet, so zu handeln, wird eine Zunahme des Güterangebotes – soweit es sich um lagerhafte Güter handelt – regelmäßig keine sofortige Preissenkung auslösen, sondern es werden zunächst Vorräte unabsetzbarer Güter bei den Produzenten entstehen. Die unmittelbaren Folgeerscheinungen eines Mehrangebotes von Gütern werden sich also darauf beschränken, daß sich die in jeder entwickelten Wirtschaft vorhandenen Warenlager der Produzenten um die unabsetzbar gewordenen Güter erhöhen.

Güter, die nicht abgesetzt werden können, können auch nicht reproduziert werden. Als mittelbare Folge der Entstehung von Vorräten unabsetzbarer Güter wird sich daher eine Einschränkung der Produktion ergeben, die nur vermieden werden kann, wenn zwecks Aufrechterhaltung des bisherigen Erzeugungsumfanges neugebildetes Kapital herangezogen und damit – da auch die neuerzeugten Güter zu den bisherigen Preisen unabsetzbar bleiben – in Gütervorräten angelegt wird.

Ist das Mehrangebot von Gütern, wie das in der fortschreitenden Wirtschaft in der Regel der Fall sein wird, auf eine Steigerung der Produktionskapazität zurückzuführen und wird der Erzeugungsumfang unter Einsatz neugebildeten Kapitals aufrechterhalten, so werden sich die Lagervorräte fortgesetzt vermehren und allmählich weit über das normale Maß hinaus anwachsen. Die immer deutlicher in Erscheinung tretende Vergrößerung der Warenlager, die anzeigt, daß es sich nicht um eine vorübergehende, sondern um eine dauernde Veränderung der

Marktlage handelt, wird dann einen sich fortgesetzt steigenden Druck zur Preisermäßigung auf die Besitzer von Warenlagern ausüben. Ihm werden zuerst diejenigen Händler und Produzenten erliegen, die, um ihre Warenlager halten bzw. ihre Produktion trotz ungenügenden Absatzes fortsetzen zu können, Kredite in Anspruch genommen haben und diese trotz Brachliegens des in den unabsetzbaren Gütervorräten investierten Kapitals verzinsen müssen. Die eintretenden Preissenkungen, die eine Aufrechterhaltung des bisherigen Preisniveaus aussichtslos erscheinen lassen, werden dann nach und nach auch die übrigen Besitzer anormal großer Warenlager veranlassen, diese, soweit sie das übliche Maß überschreiten, zu weiter sinkenden Preisen abzustoßen.

Da die Vorratsgüter nur dadurch zum Absatz gebracht werden können, daß die aus dem laufenden Erzeugungsprozeß hervortretenden Güter unter dem ihnen zugeschriebenen Preis an die Verbraucher abgesetzt werden und die Vorratsgüter dadurch einen Teil der vorhandenen Kaufkraft an sich ziehen können<sup>9</sup>, wird bei jedem einzelnen Absatzvorgang jeweils nur ein kleiner Teil der überschüssigen Vorräte mitabgesetzt und damit aufgelöst werden können. Die Auflösung der überhöhten Warenlager wird sich aus diesem Grunde in einem fortschreitenden Preisunterbietungsprozeß von beträchtlicher Dauer vollziehen. Im Verlauf desselben werden fortgesetzt mehr Güter abgesetzt, als aus der Erzeugung hervortreten, so daß sich die Warenlager zunehmend verringern.

Während des ganzen fortschreitenden Preisunterbietungsprozesses ist das Angebot größer als die Nachfrage, weil die überschüssigen Vorratsgüter an den Markt drängen. Es besteht aber selbstverständlich in jedem Augenblick Gleichgewicht zwischen wirksamer Nachfrage und wirksamem Angebot. Dasselbe kommt indessen nicht dadurch zustande, daß sich der Preis dem Angebot anpaßt, sondern daß umgekehrt der Preis, der sich im Wettbewerb der Produzenten um den Absatz ihrer Güter herausbildet, den Teil des Angebotes bestimmt, der wirksam werden kann. Haben schließlich die Warenlager normalen Umfang angenommen, so wird sich eine Gleichgewichtslage ergeben, bei der alle angebotenen Güter zu den ihnen zugeschriebenen Preisen abgesetzt werden können. Damit findet der fortschreitende Preisunterbietungsprozeß sein Ende.

Die im Laufe der bisherigen Untersuchung gewonnenen Erkenntnisse lassen sich kurz dahingehend zusammenfassen, daß jeder Preisenkung, die nicht durch eine Verringerung der Produktionskosten bedingt ist, eine Vergrößerung der

---

<sup>9</sup> Vgl. dazu W. Weisgerber, „Theorie der fortschreitenden Wirtschaft und der Konjunkturbewegung“, in der Folge kurz als „Theorie der fortschreitenden Wirtschaft“ zitiert, Berlin, 1941, S. 113 ff.

Warenlager vorausgehen wird. Weiter ist festgestellt worden, daß es zwei verschiedene Formen gibt, in denen Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage zustandekommen kann. Gleichgewichtszustände, die sich dadurch ergeben, daß sich der Preis dem Angebot anpaßt, sollen als „stabile“ oder „sichere“ Gleichgewichtslagen bezeichnet werden. Sie bleiben bestehen, bis eine Änderung der Daten eintritt. Gleichgewichtszustände, die dadurch entstehen, daß der Preis das Angebot bestimmt, das wirksam werden kann, und bei denen ein Teil des vorhandenen Angebotes unwirksam wird oder bleibt, sollen als „labile“ oder „unsichere“ Gleichgewichtslagen bezeichnet werden. Labile Gleichgewichtslagen haben die Tendenz, sich früher oder später in stabile umzuwandeln<sup>10</sup>.

Den labilen Gleichgewichtslagen kommt besondere Bedeutung für die fortschreitende freie Verkehrswirtschaft zu. Ihre hier entwickelte Theorie schafft überhaupt erst die Voraussetzungen für eine einwandfreie Erklärung der Vorgänge, die sich in der fortschreitenden freien Verkehrswirtschaft abspielen.

Labile Gleichgewichtszustände können sich selbstverständlich nur herausbilden, soweit es sich um lagerfähige Güter handelt. Bei einem Mehrangebot von leicht verderblichen und infolgedessen nicht lagerfähigen Gütern, die im übrigen in der neuzeitlichen Wirtschaft nur eine ganz untergeordnete Rolle spielen, werden jeweils sogleich stabile Gleichgewichtslagen zustandekommen. Die Erfahrung lehrt indessen, daß der Widerstand der Produzenten gegen stärkere Preissenkungen, auch soweit es sich um nicht lagerfähige Güter handelt, sehr stark ist und daß sie es häufig vorziehen, einen Teil der Güter verderben zu lassen oder zu vernichten, statt die Preisermäßigungen zu gewähren, die erforderlich wären, um einen Absatz aller angebotenen Güter zu ermöglichen. Gütervernichtungen, zu denen es bekanntlich auch bei lagerfähigen Gütern kommt, lassen in besonders deutlicher Weise den harten Widerstand erkennen, den die Produzenten stärkeren Preisermäßigungen entgegensetzen. Die eingangs dieser Untersuchung angeführten Gründe machen diese Haltung verständlich.

Die weiter oben angestellten Überlegungen gelten sowohl für den Fall eines partiellen als auch eines allgemeinen Mehrangebotes von

---

<sup>10</sup> C. Brinkmann hat in seiner „Wirtschaftstheorie“, Göttingen 1948, S. 17, vorausschauend auf die Notwendigkeit hingewiesen, die Gleichgewichtstheorie nach dem Vorbild der physikalischen Unterscheidung stabiler und labiler Gleichgewichte zu verfeinern. Auch hat er richtig erkannt, daß es sich bei den von anderer Seite als gleichgewichtslos angesprochenen Marktlagen der dynamischen Wirtschaft um Zustände labilen Gleichgewichts handelt (a. a. O. S. 86).

Gütern. Zu einem allgemeinen Mehrangebot von Gütern wird es kommen, wenn die Produktionskapazität allgemein gestiegen ist und infolgedessen auf der ganzen Linie mehr Güter erzeugt werden und an den Markt treten als vorher.

Über die Frage, wie die infolge Steigerung der Produktionskapazität zusätzlich aus der Erzeugung hervortretenden Güter an die Verbraucher abgesetzt werden können, besteht keine einheitliche Auffassung. Vielfach scheint die Ansicht zu herrschen, daß mit diesen Gütern zugleich auch die Kaufkraft entsteht, die ihren Absatz an die Verbraucher sichert. Diese Auffassung hält einer näheren Nachprüfung nicht stand. Die zusätzlich aus der Produktion hervortretenden Güter können in einer arbeitsteiligen Wirtschaft nur gegen Hingabe von Kapital erzeugt worden sein, das die Produzenten entweder selber gebildet haben oder das ihnen von anderen Wirtschaftsmitgliedern zur Verfügung gestellt worden ist. Jene Güter sind daher ebenso wie die zusätzlichen Produktionsmittel, mit deren Hilfe sie erzeugt worden sind, Eigentum der Produzenten, die sie produziert haben und denen sie damit als Einkommen zugefallen sind. Es steht ihnen keinerlei Geldkaufkraft gegenüber, die ihren Absatz an die Verbraucher ermöglichen würde<sup>11</sup>. In einer arbeitsteiligen Geldwirtschaft sind die Produzenten aber darauf angewiesen, die von ihnen erzeugten, im wesentlichen gleichartigen Güter gegen Geld abzusetzen, weil sie nur unter dieser Voraussetzung die abgesetzten Güter reproduzieren können. Güter, insbesondere gleichartige Güter, werden in der Geldwirtschaft im allgemeinen als Produktionsentgelt nicht angenommen. Die Arbeitnehmer bestehen vielmehr darauf, Geld zu erhalten, weil sie nur mit dessen Hilfe die verschiedenartigen Güter erwerben können, die sie zu ihrem Unterhalt benötigen. Können Güter nicht gegen Geld abgesetzt werden, so können sie im allgemeinen auch nicht reproduziert werden und erbringen infolgedessen ihren Eigentümern kein Einkommen. Sie stellen für diese unabsetzbare und damit zunächst unverwertbare Gütervorräte dar.

Vorräte unabsetzbarer Güter können durch Preisermäßigungen zum Absatz gebracht werden. Ist ihre Entstehung auf eine allgemeine Steigerung der Produktionskapazität und der Produktion zurückzuführen – welche letztere, wie hier ausdrücklich betont sei, bei gleichbleibender Zahl der tätigen Wirtschaftsmitglieder nur durch Mechanisierungs- und Rationalisierungsmaßnahmen möglich ist – so sind die

---

<sup>11</sup> Diese Auffassung wird — allerdings auf Grund wesentlich anderer Überlegungen, als sie hier angestellt worden sind — offenbar auch von Schumpeter vertreten. Vgl. dazu J. Schumpeter, „Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung“, München und Leipzig, 1935, S. 345. „Dieses Auftreten der neuen Produkte bewirkt den Preisfall, der seinerseits dem Aufschwung ein Ende macht.“



Voraussetzungen für eine allgemeine Preissenkung gegeben<sup>12</sup>.

Ohne daß eine allgemeine Preissenkung eintritt, können die zusätzlich erzeugten Güter gegen Geld nur abgesetzt werden, wenn der Handel zusätzliche Wechselkredite in Anspruch nehmen und dadurch das Mehr an Geldkaufkraft schaffen würde, das erforderlich ist, damit alle angebotenen Güter zu den bisherigen Preisen zum Absatz gelangen können. Der Handel kann aber im allgemeinen innerhalb eines Zeitabschnittes von bestimmter Dauer nicht wesentlich mehr Güter nachbestellen, als er vorher während eines gleichlangen Zeitabschnittes abgesetzt hat, weil er sich sonst der Gefahr aussetzen würde, seine Wechselverbindlichkeiten nicht rechtzeitig abdecken zu können. Eine vermehrte Inanspruchnahme von Handelskrediten wird aus diesem Grunde in der Regel nur in bescheidenem Ausmaß möglich sein.

Weiterhin können zusätzlich an den Markt tretende Güter, ohne daß eine allgemeine Preissenkung erforderlich wird, in gewissem Umfang auch dadurch zum Absatz gelangen, daß der Handel von ihm selbst gebildetes oder entliehenes Kapital benutzt, um seine Gütervorräte zu vergrößern, also Kapital, das andernfalls für Investitionszwecke verwandt worden wäre, in Warenlagern anlegt. Auch auf diesem Wege werden aber unter normalen Bedingungen, d. h. insbesondere bei gleichbleibenden Preisen und normaler Vorratslage, keine größeren Mengen zusätzlich an den Markt tretender Güter aufgenommen werden können, weil eine Vergrößerung der Warenlager bei stabilem Preisniveau keine Vorteile bietet. Wesentlich anders werden sich die Dinge dagegen gestalten, wenn die Preise steigende Tendenz aufweisen, wie das aus Gründen, auf die hier nicht eingegangen werden kann, in der fortschreitenden freien Verkehrswirtschaft von Zeit zu Zeit der Fall ist. Bei steigenden Preisen ist eine Einlagerung von Gütern vorteilhaft, besonders wenn sie mit Hilfe von Krediten erfolgt. Der Handel wird daher bei steigendem Preisniveau bestrebt sein, seine Warenlager zu vergrößern, indem er unter Inanspruchnahme zusätzlicher Wechselkredite mehr Güter nachbestellt, als er abgesetzt hat. Ferner wird er aber vielfach auch eigenes oder aufgenommenes Kapital benutzen, um seine Lager aufzufüllen. Desgleichen werden auch die Produzenten

<sup>12</sup> Zum Problem der allgemeinen Preisänderungen sei auf die Untersuchungen des Verfassers in seiner bereits erwähnten „Theorie der fortschreitenden Wirtschaft“ S. 105 ff. und 128 ff. verwiesen, in denen nachgewiesen worden ist, daß allgemeine Preisänderungen stets gleichbedeutend mit einer Änderung des Austauschverhältnisses von Gütern und (menschlichen) Produktionsleistungen sind. Eine solche Änderung muß selbstverständlich früher oder später eintreten, wenn infolge von Rationalisierungs- und Mechanisierungsmaßnahmen das Sozialprodukt stärker steigt als die Zahl der am Erzeugungsprozeß beteiligten Produzenten und Arbeitnehmer.

bei steigenden Preisen im allgemeinen keine Bedenken tragen, Güter, die sie nicht absetzen können, einzulagern und zwecks Aufrechterhaltung des bisherigen Produktionsumfanges Kredite aufzunehmen.

Genau umgekehrt werden die Dinge verlaufen, wenn die Preise sinkende Tendenz zeigen. Bei sinkenden Preisen bringen unnötig große Warenlager Verluste, die für die Betroffenen besonders dann schwerwiegende Folgen zeitigen können, wenn sie Kredite aufgenommen haben, die verzinst und abgedeckt werden müssen. Bei sinkenden Preisen wird der Handel daher bestrebt sein, seine Warenlager soweit wie möglich zu verkleinern. Er wird also die Güter, die er absetzen kann, in erster Linie seinen Vorräten entnehmen und, um diese klein zu halten, erheblich weniger Güter nachbestellen, als er abgesetzt hat. Aus den gleichen Gründen wie der Handel werden auch die Produzenten bemüht sein, ihre überschüssigen Gütervorräte abzubauen. Sie werden zu diesem Zweck laufend weniger Güter erzeugen, als sie abgesetzt haben, und im Zusammenhang damit im allgemeinen ihre Produktion einschränken.

Diese einfachen Überlegungen in Verbindung mit der vorgetragenen Theorie der labilen Gleichgewichtslagen werden es gestatten, eine Reihe höchst eigenartiger Phänomene zu erklären, die im Laufe der Entwicklung der fortschreitenden freien Verkehrswirtschaft neuzeitlichen Typs in regelmäßiger Folge in Erscheinung zu treten pflegen.

Wie die Gütererzeugung, und zwar zeitlich noch vor ihr, nimmt in der fortschreitenden Wirtschaft auch die Produktionskapazität fortgesetzt zu. Die Produktionsmittel sind Eigentum der Produzenten, deren produktive Leistung darin besteht, daß sie das für die Gütererzeugung erforderliche Sach- und Geldkapital zur Verfügung stellen. Als Entgelt dafür beanspruchen und erhalten sie in der Regel eine Vergütung in Gestalt des Gewinnes oder – allgemeiner ausgedrückt – der Kapitalrente, die sie beim Absatz der Güter zu erzielen pflegen<sup>13</sup>. Der Gewinn bzw. die Kapitalrente stellen einen Bestandteil des Preises der abgesetzten Güter dar.

<sup>13</sup> Es sei hier auf die vom Verfasser entwickelte Theorie der Kapitalrente verwiesen („Theorie der fortschreitenden Wirtschaft“, S. 23 ff.). Ihre Begründung sei durch den Hinweis ergänzt, daß die Kapitalrente die Entschädigung darstellt, die die Produzenten dafür in Anspruch nehmen, daß sie ihr Kapital, statt es in dauerhaften Nutzungsgütern anzulegen, in Produktionsmitteln und reproduzierbaren Gütervorräten investieren. Sie müssen dabei auf den dauernden Nutzen verzichten, den der Besitz eines dauerhaften Nutzungsgutes – beispielsweise eines für eigene Zwecke bestimmten Wohngebäudes – erbringen würde. Es ist klar, daß sie dafür eine Entschädigung eben in Gestalt der Kapitalrente beanspruchen werden. Letztere stellt also eine Nutzungsentschädigung dar, und die vom Verfasser entwickelte Theorie der Kapitalrente ist demgemäß im Sinne der Terminologie der bisherigen Zinstheorien eine Nutzungstheorie.

Wenn sich die Produktionskapazität erhöht, so bedeutet dies, daß zusätzliche Leistungen von Produktionsmitteln angeboten werden. Bleibt die Nachfrage nach Gütern und damit auch die Nachfrage nach Produktionsleistungen der Erzeugungsanlagen unverändert, so können die zusätzlichen Produktionsmittel nur nutzbar gemacht werden, sofern der Preis jener Leistungen, d. h. also der von den Produzenten in Anspruch genommene Gewinn entsprechend dem Mehrangebot an Produktionskapazität zurückgeht. Bewilligen die Produzenten nicht die Preisnachlässe zu Lasten ihres Gewinnes, die erforderlich sind, um die Nachfrage nach Leistungen der Erzeugungsanlagen dem Angebot an solchen anzugleichen, so bleibt die zusätzliche Produktionskapazität ganz oder teilweise ungenutzt. Es bildet sich ein labiler Gleichgewichtszustand heraus, bei dem Produktionsmittel freigesetzt bleiben bzw. der durchschnittliche Beschäftigungsgrad der vorhandenen Produktionsanlagen zurückgeht.

Wie in jeder Wirtschaft Gütervorräte vorhanden sind, deren wesentlichste Funktion es ist, den Verbrauchern freie Konsumwahl und eine reibungslose Güterversorgung zu sichern, so weist aus dem gleichen Grunde jede Wirtschaft auch eine Reserve an Produktionskapazität auf. Diese wird noch dadurch wesentlich vergrößert, daß die weitaus meisten Produktionsmittel nicht durchlaufend, sondern nur während der Tagesstunden für die Gütererzeugung benutzt werden. Die Reserve an Produktionskapazität ist also durchgehends sehr beträchtlich. Aus den früher erörterten Gründen wird eine Erhöhung dieser Reserve die Produzenten nicht veranlassen, sogleich Preisnachlässe auf Kosten ihrer Gewinne zu bewilligen.

Eine Steigerung der Produktionskapazität, wie sie in der fortschreitenden Wirtschaft laufend erfolgt, wird daher zunächst nur zur Folge haben, daß die betriebsbereit werdenden neuen Produktionsanlagen bzw. an ihrer Stelle bereits vorhandene nicht ausgenutzt werden und infolgedessen der durchschnittliche Beschäftigungsgrad der verfügbaren Produktionsmittel in zunehmendem Maße zurückgeht.

Es ist klar, daß sich diese Entwicklung nicht beliebig lange fortsetzen kann, sondern daß der von der ungenutzten und daher auch keine Kapitalrente abwerfenden Produktionskapazität ausgehende Druck auf die Preise nach einiger Zeit so stark werden wird, daß es zu einer allgemeinen Preisunterbietung auf Kosten der Gewinne kommen wird. Im Laufe dieses fortschreitenden Preisunterbietungsprozesses, der regelmäßig von beträchtlicher Dauer sein wird, paßt sich der für produktive Leistungen der Erzeugungsanlagen in Gestalt des Gewinnes erzielbare Preis über eine Folge von labilen Gleichgewichtszuständen allmählich der in Geld ausgedrückten Nachfrage an. Mit jeder neuen Preisunterbietung wird dabei ein Teil der ungenutzten Produktions-

kapazität für die Gütererzeugung nutzbar gemacht, bis schließlich ein normaler Beschäftigungsgrad der Produktionsanlagen erreicht wird und sich ein stabiler Gleichgewichtszustand einstellt.

Da Preisunterbietungsprozesse, die eine Nutzbarmachung zu-gewachsener Produktionskapazität zum Ziele haben, letztlich den gleichen Ursachen entspringen wie solche, die eine Auflösung von Güter-vorräten bezwecken, wird ihr Beginn in der Regel zeitlich mit letz-teren zusammenfallen. Gütervorräte, für deren Erzeugung Produktions-kosten aufgewandt worden sind, werden jedoch einen erheblich stär-keren Preisdruck ausüben als ungenutzte Produktionskapazität. Es muß daher fraglich erscheinen, ob auch der Zeitpunkt, zu dem eine stabile Gleichgewichtslage zustande kommt, in beiden Fällen zeitlich zusammenfällt.

Ohne daß Preisunterbietungen erforderlich werden, kann zu-gewachsene Produktionskapazität nutzbar gemacht werden, falls seitens des Handels in entsprechendem Umfang zusätzliche Wechselkredite in Anspruch genommen werden. Die Voraussetzungen dafür sind gegeben, wenn die Preise steigende Tendenz aufweisen. Bei steigenden Preisen wird daher die zuwachsende Produktionskapazität, solange sich der Zuwachs in mäßigen Grenzen hält, für die Gütererzeugung nutzbar ge-macht werden können, ohne daß Preisermäßigungen zu Lasten der Ge-winne erforderlich werden. Wenn die Preise steigende Tendenz auf-weisen, werden demgemäß den Produzenten die Gewinne, die sie in die Preise der zusätzlich an den Markt tretenden Güter einrechnen, ungekürzt zufließen, während diese Gewinne, wenn es zu Preisunter-bietungen kommt und die Güter infolgedessen unter dem ihnen zu-geschriebenen Preis abgesetzt werden müssen, ganz oder teilweise den Konsumenten zugespült werden.

Nimmt die Produktionskapazität rasch zu, weil in größerem Um-fang neue, hochmechanisierte und daher sehr leistungsfähige Produk-tionsanlagen betriebsbereit werden, so wird es aus den früher erörterten Gründen regelmäßig nicht möglich sein, die zusätzlich angebotene Produktionskapazität bzw. die mit ihrer Hilfe erzeugten Güter in vollem Umfang durch vermehrte Inanspruchnahme von Handels-krediten aufzufangen, und es werden infolgedessen Produktionsmittel freigesetzt und an den Markt getretene Güter unabsetzbar werden.

In grundsätzlich der gleichen Weise, wie dies bei einem Mehr-angebot von Gütern und Produktionskapazität geschieht, muß sich ein neuer Gleichgewichtszustand auch herausbilden, wenn sich das An-gebot von Arbeitskräften oder die Nachfrage nach solchen ändert. Eine allgemeine Erhöhung des Angebotes von Arbeits-kräften kann sich als Folge einer Vermehrung der arbeitsfähigen Be-völkerung ergeben, wie sie in fortschreitenden Wirtschaften häufig ist.

Die Nachfrage nach Arbeitskräften kann sich durch Rationalisierungs- und Mechanisierungsmaßnahmen verringern, die es ermöglichen, ebensoviel Güter wie bisher oder gar mehr mit Hilfe von weniger Arbeitskräften zu erzeugen, als vorher benötigt wurden. Schließlich kann sich das Verhältnis von Angebot und Nachfrage nach Arbeitskräften auch durch Produktionseinschränkungen oder die Wiederaufnahme einer zeitweise eingestellten Produktion ändern.

Wird aus einem dieser Gründe das Angebot an Arbeitskräften größer als die Nachfrage, so können alle Bewerber einen Arbeitsplatz nur erhalten, falls der Lohn und zwar der in Geld ausgedrückte sogenannte „Nominallohn“ entsprechend sinkt. Geschieht das nicht oder nicht in ausreichendem Maße, so kann ein Teil des Angebotes nicht wirksam werden. Es bildet sich ein labiler Gleichgewichtszustand heraus, indem ein Teil der Bewerber zwangsläufig ausgeschieden und damit „arbeitslos“ wird. Dieser Vorgang entspricht dem Unabsetzbarwerden von Gütern.

Bleibt die Nachfrage nach Arbeitskräften hinter dem Angebot zurück, so wird das die Arbeitnehmer, die keinen Arbeitsplatz erhalten können, im allgemeinen nicht veranlassen, sogleich die bisherigen Löhne zu unterbieten. Sie pflegen sich, wie bereits Keynes festgestellt hat, einer Kürzung der Geldlöhne zu widersetzen<sup>14</sup>. Besonders wird das der Fall sein, wenn es sich um tarifliche Löhne handelt und die allgemeine Beschäftigungslage noch relativ günstig ist. Voraussetzung dafür ist natürlich, daß die Arbeitnehmer, die zu den bisherigen Löhnen einen Arbeitsplatz nicht erhalten können, nicht unbedingt auf die Erlangung eines Arbeitseinkommens angewiesen sind, sondern ihren Lebensunterhalt für einige Zeit aus Ersparnissen bestreiten können bzw. die Möglichkeit besitzen, private oder öffentliche Unterstützungen zu erhalten.

Soweit eine dieser Voraussetzungen gegeben ist, wie das in neuzeitlichen Wirtschaften fast durchgehends der Fall sein wird, wird ein Zurückbleiben der Nachfrage nach Arbeitskräften hinter dem Angebot zunächst keine Lohnunterbietungen auslösen, sondern zur Folge haben, daß Arbeitskräfte freigesetzt werden.

Sofern staatliche Arbeitslosenunterstützungen gewährt werden, sind alle Bewerber um einen Arbeitsplatz für mehr oder minder lange Zeit der unbedingten Notwendigkeit enthoben, sich durch Lohnunterbietungen ein Arbeitseinkommen zu verschaffen. Die Gewährung von staatlichen Arbeitslosenunterstützungen, so begrüßenswert sie unter sonstigen Gesichtspunkten auch sein mag, begünstigt daher in hohem Maße das Zustandekommen und vor allen Dingen auch das lange An-

<sup>14</sup> Vgl. J. M. Keynes, a. a. O. S. 8.

dauern labiler Gleichgewichtslagen, bei denen in großem Umfang Arbeitskräfte freigesetzt bleiben<sup>15</sup>.

Bleibt die Nachfrage nach Arbeitskräften in zunehmendem Maße hinter dem Angebot zurück, wie sich das insbesondere als Folge von Rationalisierungs- und Mechanisierungsmaßnahmen sowie fortschreitenden Produktionseinschränkungen ergeben kann, so werden in immer größerem Umfang Arbeitskräfte freigesetzt und der Druck auf die Löhne wird schließlich so stark werden, daß Lohnunterbietungen unausbleiblich sind. Sie bewirken, daß sich Angebot und Nachfrage nach Arbeitskräften in einem Lohnunterbietungsprozeß von erheblicher Dauer einander angleichen und nach und nach alle arbeitslos gewordenen Wirtschaftsmitglieder wieder einen Arbeitsplatz erhalten. Sind alle Arbeitslosen wieder in den Erzeugungsprozeß eingeschaltet, so kommt damit eine stabile Gleichgewichtslage zustande und der fortschreitende Lohnunterbietungsprozeß findet sein Ende.

Die bisherigen Untersuchungen lassen erkennen, daß und unter welchen Voraussetzungen in der fortschreitenden freien Verkehrswirtschaft neuzeitlichen Typs Zustände eintreten können, bei denen nach der Formulierung Euckens „Arbeitskräfte freigesetzt bleiben, dauerhafte Produktionsmittel stilliegen und größere Vorräte verfügbar sind“. Entgegen der Annahme Euckens handelt es sich dabei jedoch nicht um statische Zustände ohne allgemeines Gleichgewicht, sondern um labile Gleichgewichtslagen, denen die Tendenz innewohnt, sich früher oder später in stabile umzuwandeln.

Die gewonnenen Erkenntnisse lassen die bisherige Auffassung, daß es richtig sei, bei theoretischen Untersuchungen für die freie Verkehrswirtschaft von einem statischen Zustand auszugehen, bei dem alle Produktionsfaktoren und alle produzierten Produktionsmittel beschäftigt sind, als unhaltbar erscheinen und bestätigen insoweit die von Keynes und Eucken vertretene Auffassung. Diese Erkenntnis ist von besonderer Bedeutung für die Entwicklung einer einwandfreien Theorie der Kapitalbildung, auf deren Wiedergabe im Rahmen dieses Aufsatzes jedoch aus Raumgründen verzichtet werden muß.

Über die vorstehend angeführten Ergebnisse hinaus gestatten die gewonnenen Erkenntnisse eine einwandfreie Erklärung einer Reihe der

---

<sup>15</sup> Andererseits darf nicht übersehen werden, daß die Zahl der Arbeitsplätze im Bereich der eigentlichen Gütererzeugung eine Funktion des vorhandenen Produktionsapparates und seines jeweiligen Beschäftigungsgrades ist, welch letzterer, wie nachgewiesen, weitgehend von Entschließungen der Produzenten abhängig ist. Die Zahl der im Bereich der Gütererzeugung verfügbaren Arbeitsplätze läßt sich durch Lohnsenkungen nicht oder doch nicht wesentlich beeinflussen. Dagegen ist die Zahl der bei Dienstleistungen tätigen Wirtschaftsmitglieder durch Lohnsenkungen theoretisch unbegrenzt vermehrbar.

wichtigsten Phänomene der sogenannten Konjunkturbewegung der Wirtschaft. Diese geht bekanntlich derart vor sich, daß auf eine mehrjährige als „Aufschwung“ bezeichnete Entwicklungsperiode, die durch steigende Löhne und Preise, zunehmende Kapitalgewinne, vermehrte Kapitalanlagen und wachsende Gütererzeugung gekennzeichnet ist, eine „Absatzstockung“, „Übererzeugung“ oder „Depression“ genannte Entwicklungsspanne von gleichfalls mehrjähriger Dauer folgt, die in der Regel durch eine mit wirtschaftlichen Zusammenbrüchen verbundene „Krise“ eingeleitet wird. Die kennzeichnenden Merkmale der Stockung bilden das Unverkäuflichwerden von Gütern, die damit verbundene Entstehung übergroßer Gütervorräte, unzulängliche Beschäftigung der materiellen und personellen Produktivkräfte, sinkende Löhne und Preise, abnehmende Kapitalanlage, sinkende Kapitalgewinne und Rückgang der Erzeugung. Auf einer zweiten Stufe der Entwicklung ändert sich die Bewegungsrichtung einiger dieser Erscheinungen. Die Senkung kommt zum Stillstand und weicht einer leisen Aufwärtsbewegung, doch steht nach wie vor die Nachfrage erheblich hinter dem Angebot zurück und ein Teil der persönlichen und sachlichen wirtschaftlichen Erzeugungskräfte bleibt ungenutzt<sup>16</sup>.

Während des ersten Entwicklungsabschnittes eines Konjunkturzyklus, der als Aufschwung bezeichnet zu werden pflegt, weisen die Preise, wie oben erwähnt, steigende Tendenz auf. Auf die Ursachen dieser Erscheinung kann hier nicht eingegangen werden, weil dies die Entwicklung einer von der herrschenden Lehrmeinung abweichenden Theorie der Kapitalbildung bedingen würde. Da hierauf aus den oben erwähnten Gründen verzichtet werden muß, kann der wichtige Einfluß von Änderungen des Umfanges der Kapitalbildung bei der folgenden Erklärung einer Reihe der hervorstechendsten Phänomene der Konjunkturbewegung nur teilweise berücksichtigt werden. Trotzdem ergibt sich auch so ein anschauliches Bild der konjunkturellen Entwicklung und ihre Zwangsläufigkeit tritt klar in Erscheinung.

Bei steigenden Preisen wird der Handel bestrebt sein, seine Lagervorräte zu vergrößern. Er wird zu diesem Zweck in vermehrtem Umfang Wechselkredite in Anspruch nehmen. Da dadurch die Kaufkraft entsteht, die einen Absatz der zusätzlich bezogenen Güter an die Verbraucher ermöglicht, wird die gewünschte Vergrößerung der Lagervorräte nicht eintreten, und dies wird den Handel veranlassen, immer von neuem zusätzliche Kredite in Anspruch zu nehmen. Bei steigendem Preisniveau werden daher zunächst alle neu an den Markt tretenden Güter abgesetzt werden können, ohne daß Preisermäßigungen erfor-

<sup>16</sup> Die Konjunktursymptome sind hier im wesentlichen nach A. Spiethoff's Artikel „Krisen“ im „Handwörterbuch der Staatswissenschaften“, Jena, 1925, wiedergegeben.

derlich werden. Dadurch erhöhen sich der Güterabsatz, die Gütererzeugung sowie das Nominal- und Realeinkommen fortgesetzt. Den Produzenten fließen die von ihnen in die Preise eingerechneten Gewinne ungekürzt zu, und sie werden darüber hinaus noch namhafte Rationalisierungs- und Mechanisierungsgewinne erzielen können. Die Gewinne der Produzenten und damit deren Einkommen werden infolgedessen stark steigende Tendenz aufweisen.

Mit dem Gesamteinkommen wird auch die Kapitalbildung zunehmen, zumal die Produzenten regelmäßig einen hohen Prozentsatz ihres Einkommens ersparen werden. Die gute Geschäftslage und das hohe Einkommen, das sie erzielen, wird sie regelmäßig veranlassen, ihre Produktionsanlagen mit Hilfe eigener Ersparnisse oder entliehenen Kapitals zu erweitern. Es wird also der Großteil des neugebildeten Kapitals produktiv investiert werden. Da die Kapitalbildung fortgesetzt zunimmt, werden in steigendem Maße neue Kapitalgüter erzeugt werden, und es werden infolgedessen auch in dauernd wachsendem Umfang zusätzliche Güter an den Markt treten.

Andererseits werden die hohen Gewinne, die auch der Handel erzielt, diesem die Möglichkeit geben, einen Teil derselben zur Vergrößerung seiner Warenlager zu benutzen. Vielfach wird er zu diesem Zweck auch Leihkapital verwenden, das bei dem hohen Stand der Kapitalbildung regelmäßig reichlich zur Verfügung stehen wird. Mit der zunehmenden Anreicherung der Warenlager entfällt dann aber für den Handel in steigendem Maße die Veranlassung, zu dem gedachten Zweck Wechselkredite in Anspruch zu nehmen.

Während also auf der einen Seite in immer stärkerem Ausmaß neue Produktionsanlagen betriebsbereit werden und zusätzlich erzeugte Güter an den Markt strömen, wird sich auf der anderen Seite die Bereitschaft des Handels, zusätzliche Kredite in Anspruch zu nehmen, ständig verringern. Diese Gegenbewegung zwischen Angebot und Nachfrage nach Gütern muß zwangsläufig nach einiger Zeit dazu führen, daß mehr zusätzlich erzeugte Güter an den Markt treten, als von dem Handel abgenommen werden.

Unter diesen Umständen könnten alle angebotenen Güter nur abgesetzt werden, wenn die Produzenten entsprechende Preisermäßigungen bewilligen würden. Dazu werden sie aber aus den früher erörterten Gründen regelmäßig nicht bereit sein, zumal das Mehrangebot von Gütern bei günstiger Geschäftslage auftritt und ihre gute Einkommenslage sowie der hohe Stand der Kapitalbildung es den Produzenten ermöglichen wird, die mangels Preisermäßigungen entstehenden Vorräte unabsetzbarer Güter auf Lager zu nehmen, das heißt also, Kapital in Warenlagern anzulegen.



Mit dem Unabsetzbarwerden eines Teiles der erzeugten Güter tritt die betrachtete Wirtschaft hinsichtlich der Gleichgewichtslagen in eine neue Entwicklungsphase ein. Während vorher stets alle zusätzlich an den Markt tretenden Güter abgesetzt werden konnten und infolgedessen immer wieder stabile Gleichgewichtslagen zustande kamen, tritt die Wirtschaft nunmehr in das Zeichen labiler Gleichgewichtszustände, die den gesamten folgenden Entwicklungsabschnitt beherrschen.

In der anschließenden Entwicklungsphase, die gewöhnlich als „Phase des Kapitalmangels“ bezeichnet und als ein Bestandteil der Aufschwungspanne betrachtet wird, kommt es trotz dauernden Anwachsens der Gütervorräte aus den wiederholt erörterten Gründen noch nicht zu Preisunterbietungen zu Lasten der Gewinne. Die Preise werden im Gegenteil infolge von Lohnerhöhungen, die ja stets hinter den Preissteigerungen herhinken, noch weiter steigen. Die Gütererzeugung wird zunächst noch in dem bisherigen Umfang fortgesetzt werden, wobei ein Teil der Produktion „auf Lager“ erfolgt. Mit der ständig zunehmenden Vergrößerung der Warenlager werden dann aber immer mehr Produzenten die Gütererzeugung einschränken, und es werden demzufolge, wenn auch vorerst nur in geringem Umfang personelle und materielle Produktivkräfte freigesetzt werden. Infolge der Produktionseinstellungen, die mit dem Anwachsen der Gütervorräte naturgemäß immer weiter an Ausdehnung zunehmen werden, geht auch das Realeinkommen fortgesetzt zurück und damit sind wiederum die Voraussetzungen für einen sich ständig verschärfenden Rückgang der Kapitalbildung gegeben. Dieser wird in Form des „Kapitalmangels“ bemerkbar und muß zwangsläufig zur Folge haben, daß das auf den bisherigen Umfang der Kapitalbildung abgestellte Investitionsprogramm nicht in dem vorgesehenen Umfang durchgeführt werden kann. Diese Entwicklung wird noch dadurch verschärft werden, daß die Produktion von Gütern auf Lager einen Teil des Kapitals in Anspruch nimmt, das anderenfalls für die Kapitalgütererzeugung zur Verfügung gestanden haben würde. Die Weiterführung eines Teiles der bereits in Angriff genommenen Investitionsmaßnahmen wird infolgedessen eingestellt werden müssen, womit zusätzlich weitere Produktionsmittel und Arbeitskräfte freigesetzt werden.

Über diese unmittelbaren Wirkungen des Kapitalmangels hinaus wird dieser aber früher oder später Veranlassung zur Kündigung von Krediten geben, wobei naturgemäß in erster Linie kurzfristige Warenkredite in Frage kommen werden. Durch die Kreditkündigungen werden Produzenten und Händler, die zwecks Aufrechterhaltung ihrer Produktion bzw. zwecks Vergrößerung ihrer Warenlager Kredite in Anspruch genommen haben, gezwungen, ihre Gütervorräte zu jedem

Preis abzusetzen. Es wird infolgedessen zu stärkeren Preiseinbrüchen kommen, die den „Konjunkturumschwung“ herbeiführen.

Die Zwangsläufigkeit der geschilderten Entwicklung tritt klar in Erscheinung: Die während des Aufschwunges eintretende starke Steigerung der Produktionskapazität hat zur Folge, daß nach einiger Zeit in großem Umfang zusätzlich erzeugte Güter an den Markt treten, während aus den erörterten Gründen gleichzeitig die Bereitschaft des Handels, zusätzliche Wechselkredite in Anspruch zu nehmen, zurückgeht. Die günstige Geschäftslage in Verbindung mit dem hohen Stand der Kapitalbildung gestattet es den Produzenten, von Preisunterbietungen abzusehen und die dadurch unabsetzbar werdenden Güter auf Lager zu nehmen. Die zunehmende Vergrößerung der Warenlager führt alsbald zu Produktionseinschränkungen, die ihrerseits eine Verringerung des Einkommens mit sich bringen. Der Rückgang des Einkommens hat eine Abnahme der Kapitalbildung zur Folge, die noch dadurch verschärft wird, daß ein Teil des neugebildeten Kapitals in den wachsenden Warenlagern investiert wird. Der hierdurch bedingte Kapitalmangel gibt Veranlassung zu Kreditkündigungen, durch die Besitzer von Warenlagern genötigt werden, diese zu sinkenden Preisen abzustößen. Erst der scharfe Druck, den die Kreditkündigungen ausüben, veranlaßt also die Produzenten, Preisnachlässe zu bewilligen.

Mit dem Abschluß der soeben erklärten eigenartigen Entwicklungsphase, die von dem Verfasser als „Ermattung“ bezeichnet worden ist, tritt die betrachtete Wirtschaft in einen neuen Entwicklungsabschnitt ein, der durch sinkende Preise gekennzeichnet ist, und, wie bereits erwähnt, als Depression oder Stockung bezeichnet zu werden pflegt. Die Entwicklung während der Depression vollzieht sich in zwei deutlich unterscheidbaren Stufen, deren erste nach Spiethoff „Niedergang“ genannt werden soll.

Die Notverkäufe und die in ihrem Gefolge eintretenden Preiseinbrüche, die den Konjunkturumschwung auslösen, führen in der Regel zu gehäuften Zahlungseinstellungen wirtschaftlicher Unternehmungen, durch die oft auch die Banken in Mitleidenschaft gezogen werden. Diese Häufung wirtschaftlicher Zusammenbrüche in Verbindung mit einer durch Zurückhaltung von Zahlungsmitteln bedingten „Kreditklemme“ von meist nur kurzer Dauer bildet den Hauptinhalt der Krise, die den Niedergang einzuleiten pflegt. Sie fördert in gewaltsamer Weise den fortschreitenden Preisunterbietungsprozeß, in dessen Zeichen der gesamte folgende Entwicklungsabschnitt steht.

Der Tendenzumschwung der Preisentwicklung wird eine Reihe tiefgreifender Rückwirkungen zeitigen: Da unnötig große Warenlager bei sinkenden Preisen verlustbringend sind, werden sowohl die Produzenten als auch der Handel bestrebt sein, ihre Lager zu verkleinern. Die

Produzenten werden zu diesem Zweck jede Produktion auf Lager einstellen und darüber hinaus unter Rückgriff auf ihre Vorräte weniger Güter erzeugen, als sie an den Handel absetzen. Der Handel seinerseits wird aus dem gleichen Grunde weniger Güter nachbestellen, als er an die Verbraucher abgesetzt hat, und wird im Zusammenhang damit die Inanspruchnahme von Wechselkrediten stärkstens einschränken. Da in dem gleichen Verhältnis, in dem die Inanspruchnahme von Wechselkrediten zurückgeht, sich auch die entstehende Kaufkraft verringert, kann der gewünschte Erfolg auf dem gedachten Wege nicht erzielt werden. Die Vorräte bleiben bestehen, und dies wird den Handel veranlassen, seine Nachbestellungen immer von neuem einzuschränken.

Andererseits werden aber mit jeder einzelnen Preisunterbietung jedesmal etwas mehr Güter abgesetzt, als erzeugt worden sind, wodurch sich die Gütervorräte fortgesetzt verringern. Da die Tendenz zur Produktionseinschränkung anfangs sehr stark sein wird, während bei jeder einzelnen Preisunterbietung jeweils nur ein sehr kleiner Teil der Vorratsgüter mitabgesetzt werden kann, wird es zunächst zu einer fortschreitenden Schrumpfung der Produktion kommen. Dadurch werden in größerem Ausmaß Arbeitskräfte und Produktionsmittel freigesetzt. Die Zahl der Arbeitslosen wird demzufolge, solange der Schrumpfungsprozeß anhält, fortgesetzt zunehmen, während gleichzeitig der Beschäftigungsgrad der Produktionsanlagen ständig zurückgehen wird. Es kommt hinzu, daß mit der Produktion und dem Güterabsatz auch das Realeinkommen sinkt, womit auch die Voraussetzungen für einen fortschreitenden Rückgang der Kapitalbildung und der Erzeugung von Anlagegütern gegeben sind. Da die Verbraucher regelmäßig das Bestreben haben werden, ihren bisherigen Lebensstandard aufrechtzuerhalten, wird sich der Rückgang des Einkommens in erster Linie dadurch äußern, daß weniger gespart wird als vorher. Ein verhältnismäßig geringer Rückgang des Realeinkommens wird also eine starke Abnahme der Kapitalbildung zur Folge haben, die noch dadurch verschärft wird, daß infolge der Preisunterbietungen auf Kosten der Gewinne eine Einkommensverschiebung zugunsten der Konsumenten eintritt, die häufig ihr gesamtes Einkommen verbrauchen, in jedem Fall aber einen prozentual wesentlich geringeren Teil desselben ersparen werden als die Produzenten.

Da die absatzmindernden Wirkungen der Produktionseinschränkungen zum Teil durch die absatzsteigernden Wirkungen der Preisunterbietungen kompensiert werden, wird sich die Schrumpfung der Produktion und des Absatzes bei den Konsumgütern im allgemeinen in engen Grenzen halten. Der dadurch bedingte verhältnismäßig geringe Rückgang des Realeinkommens wird aber aus den erörterten Gründen regelmäßig eine starke Abnahme der Kapitalbildung zur Folge

haben. Der fortschreitende Schrumpungsprozeß der Gütererzeugung wird sich daher in erster Linie bei der Erzeugung von Anlagegütern bemerkbar machen. Diese wird stark zurückgehen, und es werden demzufolge im Bereich der Kapitalgütererzeugung in erheblich größerem Umfang Arbeitskräfte und Produktionsmittel freigesetzt werden als bei der Konsumgüterproduktion. Der fortschreitende Rückgang der Kapitalbildung und der Kapitalgütererzeugung wird aus den dargelegten Gründen das am stärksten in die Augen fallende Phänomen des Niederganges bilden.

Das Einkommen der Produzenten wird infolge der Produktionseinschränkungen in Verbindung mit den Preisunterbietungen auf Kosten der Gewinne sehr stark sinken, und diese Entwicklung wird nunmehr auch solche Produzenten, die keine Kredite in Anspruch genommen haben, zwingen, einen Teil ihrer Lagervorräte zu sinkenden Preisen zu realisieren. Der Druck, dessen es regelmäßig bedarf, um die Produzenten zu Preisermäßigungen zu bewegen, wird also in diesem Fall durch den Rückgang des Einkommens ausgelöst.

Der Vollständigkeit halber sei noch erwähnt, daß es infolge des zunehmenden Rückganges des personellen Beschäftigungsgrades alsbald nach dem Konjunkturumschwung in der Regel auch zu Lohnunterbietungen kommen wird, die zusätzliche Preissenkungen zur Folge haben werden, ohne indessen den Güterabsatz zu beeinflussen.

Da mit jeder Preisunterbietung ein kleiner Teil der Vorratsgüter zum Absatz gelangt, werden sich die Warenlager des Handels und der Produzenten, wie bereits erwähnt, allmählich verringern. Damit entfällt sowohl für den Handel als auch für die Produzenten in zunehmendem Maße der Anlaß, die Nachbestellungen bzw. die Gütererzeugung einzuschränken. Sind die Lager auf ein gerade noch erträglich erscheinendes Maß zusammengeschmolzen, so wird der Handel ebensoviel Güter nachbestellen und werden die Produzenten ebensoviel Güter erzeugen, wie unmittelbar vorher abgesetzt worden sind.

Damit ist der Tiefpunkt des Güterabsatzes und der Gütererzeugung wie auch des personellen und materiellen Beschäftigungsgrades erreicht. Der fortschreitende Schrumpungsprozeß findet sein Ende und die Wirtschaft tritt in eine neue Entwicklungsphase ein, die als „Erholung“ bezeichnet werden soll. Sie ist identisch mit der früher erwähnten zweiten Stufe der Depression.

Mit der Auflösung der übergroßen Gütervorräte entfällt der von diesen ausgehende scharfe Druck auf die Preise. Wie bei den theoretischen Untersuchungen nachgewiesen worden ist, wird aber auch ein unter dem normalen liegender Beschäftigungsgrad der Produktions-

anlagen die Produzenten zu dem Versuch veranlassen, die brachliegende Produktionskapazität dadurch nutzbar zu machen, daß sie dieselbe für die Gütererzeugung einsetzen. Nun hat aber der Beschäftigungsgrad der Produktionsanlagen mit dem Ende des Niederganges gerade seinen tiefsten Punkt erreicht. Er wird also regelmäßig erheblich unter dem Normalen liegen, zumal während des Niederganges weitere Produktionskapazität zugewachsen sein wird.

Um die brachliegenden Produktionsanlagen nutzbar zu machen und dadurch eine Kapitalrente zu erzielen, werden die Produzenten unter Einsatz neugebildeten Kapitals zusätzliche Güter erzeugen und an den Markt bringen. Da diesen Gütern keine Kaufkraft gegenübersteht und für den Handel kein Anlaß vorliegt, zusätzliche Wechselkredite in Anspruch zu nehmen, werden sie nur durch Preisunterbietungen zum Absatz gebracht werden können. Der Preisunterbietungsprozeß wird sich also – wenn auch in wesentlich abgeschwächtem Maße – fortsetzen. Mit jeder Preisunterbietung nimmt jetzt aber der Güterabsatz zu und jede Erhöhung desselben wird wiederum den Handel angesichts der Verknappung seiner Warenlager veranlassen, seine Nachbestellungen entsprechend dem Mehrabsatz zu erhöhen.

Mit der Gütererzeugung und dem Güterabsatz steigt auch das Real-einkommen und mit diesem wird auch die Kapitalbildung wieder zunehmen. Da diese gleichzeitig mit dem Einkommen mit dem Ende des Niedergangs ihren tiefsten Stand erreicht hat, wird ihr Umfang zunächst noch wesentlich geringer sein als vor dem Konjunkturumschwung. Es kommt hinzu, daß durch die fortschreitenden Preisunterbietungen die Gewinne der Produzenten weiterhin zu einem erheblichen Teil fortkonkurriert werden und den Verbrauchern zugutekommen, die, wie bereits erwähnt, einen wesentlich geringeren prozentualen Anteil ihres Einkommens ersparen werden als die Produzenten. Der Umfang der Kapitalbildung wird aus diesem Grunde, wenn er auch langsam zunimmt, während der ganzen Erholung relativ schwach sein und hinter dem vorher erreichten Stand zurückbleiben.

Dank der fortschreitenden Steigerung der Gütererzeugung, des Güterabsatzes und der Kapitalbildung werden im Laufe der Erholung in zunehmendem Maße Arbeitskräfte und Produktionsmittel, die während des Niederganges freigesetzt worden waren, wieder in den Erzeugungsprozeß eingeschaltet werden. Die Lohn- und Preisunterbietungen werden daher immer schwächer werden, bis schließlich mit der Erreichung eines normalen personellen und materiellen Beschäftigungsgrades zunächst auf dem Gebiet der Konsumgüterproduktion eine stabile Gleichgewichtslage zustandekommt und die allgemeine Lohn- und Preissenkung ihr Ende findet. Da sich die Produktionskapazität während der Entwicklungsphasen der Ermattung, des Niederganges und

der Erholung durch Betriebsbereitwerden von Produktionsanlagen, die bei Beginn der Ermattung noch nicht fertiggestellt waren, wie auch durch Neuinvestitionen regelmäßig kräftig erhöht haben wird, wird die Konsumgütererzeugung bei Abschluß der Erholung durchgehends beträchtlich höher liegen als zu Beginn der Ermattung.

Mit der Beendigung der allgemeinen Preissenkung vollzieht sich ein neuer – wenn auch weniger scharf ausgeprägter – Tendenzumschwung. Im Hinblick auf die eintretende Stabilisierung der Preise wird der Handel nunmehr das Bestreben haben, seine auf ein Minimum reduzierten Warenlager unter Inanspruchnahme vermehrter Wechselkredite wieder aufzufüllen, wodurch die zusätzlich an den Markt tretenden Güter ohne Preisunterbietungen abgesetzt werden können. Damit entfallen für die Produzenten die mit den Preisunterbietungen verbundenen fortgesetzten Gewinnschmälerungen. Das Einkommen der Produzenten wird infolgedessen merklich steigen, womit aus dem früher erwähnten Grunde die Voraussetzungen für einen kräftigen Auftrieb der Kapitalbildung gegeben sind. Die Wirtschaft tritt in einen neuen Aufschwung und damit in einen neuen Konjunkturzyklus ein, der sich auf einer höheren Stufe der Konsumgüterproduktion vollzieht und auch die Beschäftigungslage auf dem Gebiete der Kapitalgütererzeugung nach einiger Zeit auf einen normalen Stand bringen wird.

Die Schlußfolgerungen, zu denen die vorstehend wiedergegebenen Überlegungen geführt haben, stehen in vollkommener Übereinstimmung mit den Erscheinungen der wirtschaftlichen Wirklichkeit. Tatsächlich geht die Entwicklung in der neuzeitlichen fortschreitenden freien Verkehrswirtschaft bis in alle Einzelheiten genau so vor sich, wie das nach den theoretischen Überlegungen zu erwarten ist. Theorie und Wirklichkeit stimmen in denkbar bester Weise miteinander überein.

Die Untersuchungen lassen, obgleich der Einfluß von Änderungen des Umfanges der Kapitalbildung mangels einer einwandfreien Theorie der Kapitalbildung nur unvollkommen berücksichtigt werden konnte, zweifelsfrei erkennen, daß es sich bei der Konjunkturbewegung um eine zwangsläufig auftretende, „arteigene“ Erscheinung der fortschreitenden freien Verkehrswirtschaft neuzeitlichen Typs handelt. Ihre tiefere Ursache bildet die der fortschreitenden Wirtschaft wesenseigentliche fortgesetzte Steigerung der Produktionskapazität und der Gütererzeugung. Die höchst eigenartigen Phänomene, die im Laufe der Konjunkturbewegung auftreten, sind jedoch im wesentlichen auf den Widerstand der Produzenten gegen Preisermäßigungen auf Kosten der Gewinnspanne und die infolge dieses Widerstandes zustandekommenden labilen Gleichgewichtslagen zurückzuführen, die ihrerseits Rückwirkungen auf den Umfang der Gütererzeugung, der Kapitalbildung und der Gütervorräte, auf die Entwicklung der Löhne, Kapitalgewinne

und Preise, sowie schließlich auf den personellen und materiellen Beschäftigungsgrad ausüben.

Die in der fortschreitenden freien Verkehrswirtschaft auftretenden Gleichgewichtslagen sind infolge der fortgesetzten Änderung der Daten einem ständigen Wechsel unterworfen. Dabei lassen sich drei Stufen der Entwicklung unterscheiden; Auf der ersten Stufe können die zusätzlich an den Markt tretenden Güter teils dank vermehrter Inanspruchnahme von Wechselkrediten, teils weil der Handel Kapital zur Vergrößerung seiner Warenlager verwendet, zu den ihnen zugeschriebenen Preisen abgesetzt werden. Es bildet sich bei jeder Erhöhung des Güterangebotes ein neuer stabiler Gleichgewichtszustand heraus. Auf der zweiten Entwicklungsstufe ist ein Absatz aller angebotenen Güter zu den ihnen zugeschriebenen Preisen nicht mehr möglich. Infolge des Widerstandes der Produzenten gegen Preisermäßigungen auf Kosten des Gewinnes kommen labile Gleichgewichtslagen zustande, die eine zunehmende Vergrößerung der Warenlager zur Folge haben. Die dritte Stufe der Entwicklung wird durch den Zusammenbruch des Widerstandes der Produzenten gegen Preisermäßigungen eingeleitet. Da sich aber die Produzenten nach wie vor allzu scharfen Preissenkungen widersetzen, erfolgt die Anpassung der Preise an das erhöhte Angebot in einer Folge von labilen Gleichgewichtszuständen, die jeweils zur Auflösung eines kleinen Teiles der überhöhten Warenlager führen, bis diese schließlich auf ein gerade noch erträgliches Mindestmaß verringert sind und die dritte Entwicklungsstufe ihren Abschluß mit dem Eintreten einer stabilen Gleichgewichtslage findet.

Die Gleichgewichtslagen, die in einer fortschreitenden freien Verkehrswirtschaft auftreten, sind also zeitweise stabiler, zeitweise labiler Natur, in jedem einzelnen Fall aber von sehr kurzer Dauer. Statische Zustände können sich in einer fortschreitenden freien Verkehrswirtschaft neuzeitlichen Typs infolge der fortgesetzten Änderung der Daten niemals herausbilden.

Es liegt auf der Hand, daß man die höchst komplizierten Vorgänge, die sich in einer fortschreitenden Wirtschaft des betrachteten Typs abspielen, nicht zutreffend erklären kann, wenn man bei theoretischen Untersuchungen, wie das bisher üblich gewesen ist, von einem statischen Gleichgewichtszustand mit Vollbeschäftigung ausgeht und lediglich die unmittelbaren Folgeerscheinungen einer Datenänderung feststellt. Zu einer einwandfreien Erklärung jener Vorgänge bedarf es einmal der hier entwickelten „Theorie der labilen Gleichgewichtslagen“, die es ermöglicht, auch Veränderungen des Umfanges der Gütervorräte zu berücksichtigen, sowie ferner der hier angewandten dynamischen Betrachtungsweise, die sich von der bisherigen „essentiell statischen“<sup>17</sup>

<sup>17</sup> Vgl. dazu J. Schumpeter, a. a. O. S. 78 u. 80.

dadurch unterscheidet, daß sie auch die mittelbaren Folgeerscheinungen von Datenänderungen erfaßt und die sich gleichzeitig abspielenden Vorgänge miteinander kombiniert.

Die theoretischen Überlegungen haben u. a. zu der Schlußfolgerung geführt, daß den Arbeitnehmern während der Perioden sinkender Preise und Löhne die Kaufkraft wächst, die den Produzenten durch Schmälerung ihrer Gewinne entzogen wird. Diese mit den bisherigen Auffassungen unvereinbare Schlußfolgerung steht in vorzüglicher Übereinstimmung mit den Erscheinungen der wirtschaftlichen Wirklichkeit. Eine von dem Verfasser für den Zeitabschnitt von 1860 bis 1913 und für die damaligen drei Hauptindustrieländer der Welt, Deutschland, England und die Vereinigten Staaten, durchgeführte statistische Untersuchung<sup>18</sup> hat ergeben, daß eine ausgesprochene Gegenbewegung zwischen der Entwicklung der Preise und der Reallohne besteht. Der Reallohn steigt bei sinkenden Preisen fast durchgehends beträchtlich, während er bei steigenden Preisen meist zurückgeht. Da die Erhöhungen des Reallohnes während der Perioden sinkender Preise in den meisten Fällen erheblich größer sind als die Ermäßigungen, die sich während der folgenden Periode steigender Preise zu ergeben pflegen, weist der Reallohn trotz starker Zunahme der werktätigen Bevölkerung in allen betrachteten Wirtschaften kräftig steigenden Trend auf<sup>19</sup>. Erhöhungen desselben treten ganz überwiegend bei sinkenden Preisen ein.

Da die geringfügigen Abweichungen von der Regel offenbar auf Einflüsse zurückzuführen sind, die dem Sektor der landwirtschaftlichen Produktion entstammen, deren Entwicklung sich in einem anderen Rhythmus vollzieht als jene der industriellen Gütererzeugung, bestätigen die Ergebnisse der statistischen Untersuchungen die Richtigkeit der theoretischen Überlegungen. Sie führen zu der Erkenntnis, daß der Reallohn während der Perioden sinkender Preise jeweils auf eine neue, höhere Stufe gehoben wird.

Beachtet man, daß die Perioden sinkender Preise im allgemeinen auch Perioden sinkender Löhne sind, so wird klar, daß die bereits von Keynes angezweifelte grundlegende Prämisse der klassischen Theorie, wonach der Nominallohn den Reallohn bestimmt, nicht haltbar ist<sup>20</sup>.

Die im Laufe der Untersuchung gewonnenen Erkenntnisse lassen die gewöhnlich als Krisen oder Depressionen bezeichneten Perioden

<sup>18</sup> „Theorie der fortschreitenden Wirtschaft“, S. 260 ff.

<sup>19</sup> Die an den Großhandelspreisen gemessene Kaufkraft der Löhne ist in der Zeit von 1860—1913 in Deutschland um rd. 198 %, in England um rd. 96 % und in den Vereinigten Staaten um rd. 135 % gestiegen. Die für Deutschland angegebene Zahl bezieht sich auf die Bewegung der Bergarbeiterlöhne und die Industriestoffpreise und ist daher nicht voll vergleichsfähig.

<sup>20</sup> Vgl. dazu J. M. Keynes, a. a. O. S. 9.



sinkender Preise und verringerter wirtschaftlicher Tätigkeit wie auch die in ihrer Begleitung in Gestalt von Massenarbeitslosigkeit, Brachliegen von Produktionsmitteln und gehäuften wirtschaftlichen Zusammenbrüchen auftretenden katastrophalen Vorgänge in neuem Licht erscheinen. Es handelt sich dabei nicht, wie gewöhnlich angenommen wird, um Folgeerscheinungen von Fehlinvestitionen oder sogenannten Disproportionalitäten der Entwicklung, sondern um **Wachstums-  
krisen** der neuzeitlichen fortschreitenden freien Verkehrswirtschaft und ihre bei freier Entwicklung unvermeidlichen Begleiterscheinungen.

Durch diese Wachstumskrisen bzw. durch die Kontraktionen der Gütererzeugung, des Güterabsatzes und der Kapitalbildung, zu denen es in ihrem Verlauf kommt, wird der Druck erzeugt, dessen es bedarf, um die zusätzlich produzierten Güter, die sich im Falle einer stärkeren Produktionssteigerung zunächst als unabsetzbare Gütervorräte bei den Produzenten niederschlagen, den Verbrauchern zuzuführen, die neu-geschaffene Produktionskapazität nutzbar zu machen und dadurch Erzeugung und Verbrauch auf eine neue, höhere Stufe zu heben.

Mit der Erkenntnis dieser Zusammenhänge ist auch die Möglichkeit gegeben, die Wirtschaftsdepressionen und die krisenhaften Zustände, die sie mit sich bringen, zu verhindern oder zum mindesten stark abzuschwächen.